Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 2.40 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im am ich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernsp. der Schriftleitung Nr. 1240, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 1418, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden d. 8gespalt. 34mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 25 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm br. Millimeterzeile 75 Pf. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abds. 6 Uhr. Abbestellungen, sowie zuverlässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Dr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 563. Halle, Dienstag, den 2. Dezember 1919. Einzelpreis 10 Pfg.

Verlängerung der Zeichnungsfrist für die Sparprämienanleihe.

WTB. Berlin, 1. Dezember. (Drahtnachricht.) Infolge der Verkehrssperre die rechtzeitige Weiterleitung des Zeichnungsmaterial sich in allen Gegenden Deutschlands verzögert hat — die Sendungen liegen zum Teil noch auf den Berliner Postämtern, wo sie sich angestaut haben — ist die Zeichnungsfrist für die Deutsche Sparprämienanleihe bis zum 10. Dezember 1919 verlängert worden. Der Termin für die völlige Beseitigung der den Zeichnern zugeteilten Beträge ist infolgedessen ebenfalls hinausgeschoben worden und zwar bis zum 18. Januar 1920. Obgleich der Zinsenlauf der Sparprämienanleihe 1919 vom 1. Januar 1920 ab beginnt, besteht es einer Zinsvergütung von Seiten der Zeichner für die zugeteilten Stücke nicht, wenn die Vollzahlung bis zum 8. Januar 1920 geschieht. Für Zahlungen, die nach dem 8. Januar erfolgen sollten, sind 5 Prozent Zinsen vom 1. Januar 1920 bis zum Zeichnungstag zu vergüten. Die Beseitigung ist an der oberen Stelle zu bewirken, bei der die Zeichnung angemeldet worden ist.

Die Bitterfelder Verhandlungen.

Streikposten verhindern die Arbeitsaufnahme durch Arbeitswillige.

WTB. Bitterfeld, 1. Dezember. An den gestrigen Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern haben Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, der Militärbefehlshaber, der örtlichen und Bezirksbehörden teilgenommen. Den Vorsitz führte der Regierungspräsident von Merseburg. Es wurde beschlossen, zwei Kommissionen einzusetzen, von denen die eine, die die Lohnfragen und überhaupt die privatrechtlichen Fragen regeln soll, bereits heute vormittag zusammentreten ist. Die zweite Kommission soll später die öffentlichrechtlichen Fragen behandeln, insbesondere die Frage der Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zurückziehung der Truppen. Heute morgen meldeten sich auf allen Werken Arbeitswillige; sie wurden aber von Streikposten verhindert, die Arbeit aufzunehmen. Die Notstandsarbeiten werden weiter verrichtet. Zu Unruhen ist es bisher nicht gekommen.

Bitterfeld, 1. Dezember. (Ein. Drahtnachricht.) Die heute morgen zur Beendigung des Streiks in Bitterfeld aufgenommenen Verhandlungen dauern bei günstigem Verlauf fort. Die Zahl der Arbeitswilligen nimmt weiter zu, so daß die ständige Wiederaufnahme der Arbeit nunmehr bevorsteht. In Bitterfeld herrscht nach wie vor vollkommene Ruhe.

Hinein in die Einwohnerwehren.

WTB. Berlin, 1. Dezember. Amtlich. Die Reichszentralstelle für Einwohnerwehren erläßt folgenden Aufruf:

Hinein in die Einwohnerwehren! Endlich reicht der Arbeiter dem Bürger die Hand.

Der Vorstand der S. P. D. erläßt den Aufruf an die deutsche Arbeiterschaft: Hinein in die Einwohnerwehren! Aber er erläßt ihn als Partei.

Größeres steht auf dem Spiel als das Schicksal einer Partei: das ganze Deutschland. Die Einwohnerwehr ist eine Einrichtung der parlamentarisch-demokratischen Regierung.

Die parlamentarische Demokratie schützt auch die Freiheit der Minderheiten. Rechts stehen Minderheiten, links stehen Minderheiten. Links steht Heißsporne, rechts stehen Heißsporne. Wenn sie ihre Meinung verfassungsgemäß mit dem Stimmzettel verfechten, handeln sie parlamentarisch-demokratisch.

Greifen sie zu den Waffen, dann finden sie die Einwohnerwehren gerüstet.

Bürger und Arbeiter, Arbeiter und Bürger! Wehrt euch gegen die Politik des Bürgerkriegs, von welcher Seite auch immer er entfacht wird.

Die Einwohnerwehr dient keiner Partei. Sie dient dem Volke ganz. Sie dient der Volksversöhnung. Die Waffen keiner einzelnen Partei!

Die Waffen dem ganzen Volke! Hinein in die Einwohnerwehr!"

Aufhebung der Seesperre in der Ostsee.

WTB. Berlin, 1. Dezember. (Drahtnachricht.) Nach einer Mitteilung aus Reval sind sämtliche aus Anlaß der Ostseesperre dort festgehaltenen oder dorthin verbrachten deutschen Schiffe nunmehr freigegeben worden.

Von der Eisernen Division.

WTB. Berlin, 1. Dezember. (Drahtnachricht.) Die angeblich von polnischer amtlicher Seite verbreitete und von verschiedenen Berliner Blättern übernommene Nachricht, daß deutscherseits beabsichtigt werde, die in Bromberg und Thorn liegenden Teile des Grenzschutzes zurückzuziehen und durch die aus dem Baltikum zurückkehrende Eiserne Division zu ersetzen entspricht, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, nicht den Tatsachen. Die Eiserne Division wird auf ihre Demobilmachungsorte im Reiche verteilt und aufgelöst werden.

Abreise der deutschen Vertretung aus Riga.

WTB. Berlin, 1. Dezember. Der deutsche Bevollmächtigte in Riga, Schlemann, verläßt mit dem gesamten Personal das Einvernehmen mit der lettischen Regierung auf dem nächsten neutralen Schiff Lettland. Den Schutz der Reichsdeutschen in Riga übernahm der dortige dänische Konsul. Der deutsche Beauftragte in Libau, Dr. Kueck, beabsichtigt auf dem Landwege die Rückreise anzutreten.

Mackensen in Nürnberg.

Nürnberg, 1. Dezember. Generalfeldmarschall von Mackensen ist heute nachmittag 3 Uhr 48 Min. auf dem hiesigen Bahnhof eingetroffen. Er wurde von einer städtischen Abordnung mit militärischen Ehren empfangen, worauf die Weiterreise erfolgte.

Besprechung in der Gefangenenfrage beim Reichskanzler.

WTB. Berlin, 1. Dezember. Die große Sorge um die Kriegsgefangenen, namentlich in Frankreich und Sibirien, führte heute Vertreter des Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener und des Bundes deutscher Frauen zur Befreiung der Gefangenen und ihrer Landsgruppen zum Reichskanzler. Es fand eine ausführliche Besprechung statt, an der auch der Reichskommissar Stücklen und Vertreter anderer Ministerien teilnahmen.

Die Tabaksteuern.

WTB. Berlin, 1. Dezember. Von zuständiger Stelle erfahren wir, daß die neue Tabaksteuer heute noch nicht in Kraft getreten. Eine endgültige Bestimmung über den Zeitpunkt des Inkrafttretens ist noch nicht getroffen.

Hilfe für Wien.

Basel, 1. Dezember. (Eigene Drahtnachricht.) Die Preßinformation berichtet aus Paris: Die französischen Syndikalisten und die englischen Gewerkschaftler haben Entschließungen angenommen, in denen die Regierungen aufgefordert werden, tunlichst rasch eine Hilfsexpedition nach Wien zu senden, um die dortige Bevölkerung vor dem Hungertode zu retten. Die Information berichtet aus Wien: Hier sind bis jetzt 5 Lebensmittelzüge und 8 Kohlenzüge aus Deutschland eingetroffen. Die Wiener Spitäler sind nach achttägiger Unterbrechung am Freitag zum ersten Male wieder in der Lage, ihre Räume zu heizen. — Die Information erfährt aus Wien: Die holländische Regierung hat die österreichische Staatsregierung ersucht, Vorkehrungen zu treffen, damit ähnliche Zwischenfälle, wie bei der letzten Ankunft des holländischen Lebensmittelzuges in Wien, vermieden werden. Bekanntlich wurde der holländische Lebensmittelzug gestürmt, wobei die holländische Begleitmannschaft in Lebensgefahr geriet. Eine sehr scharfe Absperrung der Bahnhofshallen in Wien, in denen die Lebensmittelzüge ankommen, ist inzwischen erfolgt.

Ein berechtigter Wunsch.

WTB. Wien, 1. Dezember. (Drahtnachricht.) Die reichsdeutschen Verbände in Oesterreich begrüßen die für Oesterreich in den deutschen Ländern eingeleitete Hilfsaktion und Sammlungen, bitten aber mit Rücksicht auf die bei vielen zehntausenden von Reichsdeutschen vorherrschende erschöpfte Not, daß ein Teil der Sammlungsergebnisse von vornherein unmittelbar für die Reichsdeutschen bestimmt wird. Die Verteilung würde unter der Mitwirkung von deutschen Organisationen in Oesterreich erfolgen.

Italienische Befürchtungen.

WTB. Luzern, 1. Dezember. „Corriere della Sera" widmet der Möglichkeit einer Wiederaufrichtung der Donaumonarchie besorgte Kommentare. Die Gefahr hätte heute den Höhepunkt erreicht, sodaß außer dem Brenner und Bozen auch Triest und Görz Italien verloren gehen könnten. Fürst Windischgrätz sprach italienischen Journalisten gegenüber von der bevorstehenden Bildung eines germanisch-slawischen Blockes, durch den der Einfluß des Verbandes geschwächt oder ausgeschaltet werden könnte.

Die deutsch-französische Krisis.

Basel, 1 Dezember. (Ein. Drahtnachricht.) In politischen Kreisen in der Schweiz wird die gegenwärtige deutsch-französische Krise als die schwerste seit der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages bezeichnet. Man fürchtet, daß die sich auf den nationalistischen Wahlsieg sich stützende französische Regierung Deutschland gegenüber keine Nachgiebigkeit zeigen und entschlossen sein werde, im äußersten Falle Gewaltmittel gegenüber Deutschland anzuwenden. Der Lyoner Progrès meldet aus Paris, daß noch weitere Noten der Alliierten an Deutschland zur Beratung stehen würden. Marschall Foch erachtete die baldige Festsetzung der Strafmaßnahmen gegen die weitere Außerachtlassung des Waffenstillstandsvertrages für geboten.

Die „Times" melden aus Paris: Im Rat der Alliierten ist eine neue Note an Deutschland beschlossen worden, in der die Ausführung der Waffenstillstandsverpflichtungen bis Ende Dezember verlangt wird.

Das belgische Kabinett.

WTB. Paris, 1. Dezember. Nach einer Meldung der „Presse de Paris" aus Brüssel soll das Kabinett De la Croix jetzt gebildet sein. Der ehemalige Ministerpräsident Poullet wird nach dem Wunsche der Liberalen nicht Minister des Innern, sondern Eisenbahnminister. Der ehemalige Eisenbahnminister Renin wird Minister des Innern. Der Sozialist Destree wird Minister für Kunst und Wissenschaft. Sonst bleibt das Kabinett wie es war.

Prozeß Marloh.

Aus den Tagen des Spartakuskrieges.

—er. **Berlin, 1. Dezember 1919.**

Am Mittwoch, den 3. Dezember beginnt der Strafprozeß gegen den Oberleutnant Marloh, der beschuldigt ist, am 11. März 19 in der Französischen Straße zu Berlin 29 Matrosen von der Volksmarinedivision getötet zu haben. Das Verfahren findet nicht vor einem bürgerlichen Schwurgericht, sondern entsprechend den Bestimmungen des Belagerungszustands vor dem Kriegsgericht, nämlich vor dem Gericht der Reichswehrbrigade 30 statt. Das hat natürlich der kommunistischen und unabhängigen Presse Veranlassung gegeben, Zweifel gegen die Unparteilichkeit des Gerichts geltend zu machen und wochenlang, ähnlich wie beim Fall Liebknecht-Luxemburg, über „Mörderbegünstigung" und „Noskejustiz" zu schreiben. Dazu kommt, daß der Eröffnungsbeschluß nicht sehr glücklich abgefaßt ist. Dem Oberleutnant Otto Marloh wird zwar zur Last gelegt, vorsätzlich Menschen getötet zu haben und durch Mißbrauch seiner Dienstgewalt einen Untergebenen zur Tötung angestiftet zu haben, indem er dem Offizierstellvertreter Panther den Befehl gab, 29 Matrosen zu erschießen. Aber es wird schon in der Anklage ausdrücklich gesagt, daß Marloh die Tötung nicht mit Ueberlegung ausgeführt habe. Das klingt wie Schutz und Verteidigung, ehe die Sache überhaupt vor den Richter gekommen ist. Das ist ein mildernder Umstand bereits im Munde des Anklägers. Die Anklage vertritt der Kriegsgerichtsrat Dr. Mener, ein Standesgenosse des Angeklagten. Muß das nicht Bedenken hervorrufen? Wäre es nicht besser gewesen, die Frage der Ueberlegung, also die Frage, ob Mord oder nicht, dem Prozeßgang und dem Urteil des Gerichts zu überlassen? Es sind ja noch eine ganze Reihe von Umständen vorhanden, die diesen Prozeß aus dem Gebiet des gewöhnlichen Mordproblems herausheben. Darüber hat aber nur das Gericht, keine der Gerichtsparteien zu befinden. Und alle Vorwegnahme der Beurteilung schadet dem Ansehen des Verfahrens. Endlich erscheint die hinzugefügte Anklage wegen Flucht (Entfernung von der Truppe) und Urkundenfälschung (Paßanfertigung) etwas merkwürdig. Juristisch ist natürlich nichts dagegen einzuwenden. Aber man hat das Gefühl, als solle durch Heranziehung dieser Delikte dem Mordprozeß ein harmloses Aussehen gegeben werden. Das ist unnötig und verwirrt nur. Die Verteidigung des Angeklagten wird es schon verstehen, die traurigen Momente, die Irrungen und Wirrungen klarzulegen, die zu der erschütternden Tat führten. Es war doch mitten in den Spartakuswirren. Es war Bürgerkrieg. Anfang März 1919 hatte Spartakus in Berlin eine entscheidende Machtprobe beabsichtigt. Der Plan der Kommunisten ging dahin, die Stadt in ihre Macht zu bekommen, die freiwilligen Truppen zu entwaffnen und schließlich die Herrschaft im Reiche an sich zu reißen. Die Regierung übertrug den Schutz Berlins der Gardekavallerie-Schützendivision und den ihr unterstellten freiwilligen Truppen. Zu diesen gehörte auch der Oberleutnant Marloh der Kraftwagenabteilung 30. Den Kern der Spartakisten bildete die Volksmarinedivision, der sich große Teile der republikanischen Soldatenwehr angeschlossen hatten. Die Volksmarinedivision hatte ihr Hauptquartier im Marinehaus an der Jannowitzbrücke, kämpfte aber in Gruppen an den verschiedensten Stellen Berlins, so am Charlottenburger Rathaus, am Alexanderplatz, in der Friedrich- und Französischen Straße. Am letztgenannten Punkt ist es dann zu dem entsetzlichen Gemetzel gekommen, Was der Anklage des Falles Marloh zugrunde liegt und das abschließlich nicht geschildert werden soll, um dem Gerichtsverfahren nicht vorzugreifen. Angesichts dieses Prozesses werden die Parteileidenschaften leider wieder auf das heftigste gegeneinander losplatzen. Von allen Seiten wird neue politische Munition ins Treffen geführt werden. So fordert z. B. jetzt die unabhängige Freiheit, der Pfarrer Dr. Rump, der kürzlich in der Potsdamer Garnisonkirche eine monarchistische Kundgebung verunstaltet habe, sei der Beschützer Marlohs. Bei ihm habe sich der Verfolgte verborgen gehalten. Rump müßte also als Zeuge, wenn nicht als Mitangeklagter geladen werden. Als Zeuge geladen ist jedenfalls der von Noske beurlaubte Oberst Reinhardt.

Es wird ein ebenso spannender wie trauriger Prozeß werden.

Die Deutschnationalen und das Betriebsrätegesetz.

Wir konnten kürzlich nachweisen, daß durch die Schuld der deutschnationalen Vertreter die Wahl eines Obmannes in Betrieben des Handwerks und der Landwirtschaft schon bei fünf Angestellten erfolgen muß, während die Demokraten den Antrag gestellt hatten, diese Wahl erst bei zehn Angestellten vornehmen zu müssen. Deutschnationale und Sozialdemokraten stimmten in beiden Fällen zusammen gegen die demokratischen Anträge. Dasselbe Bild in noch verstärkter Form ergeben jetzt die Beratungen zum § 53. Hier hatte die Sozialdemokratie einen Antrag eingebracht, der die Unternehmer mit Gefängnisstrafe bedroht, die ihre Auskunftspflicht gegenüber den Betriebsräten absichtlich oder durch grobe fahrlässige Angaben verletzen. Der deutschnati-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191202018/fragment/page=0001

onale Vertreter bekam es fertig, diesem geradezu ungeheuerlich zu nennenden Antrage zuzustimmen. Nur dem Widerstande der Demokraten, die durch den Abg. Payer auf die Unmöglichkeit und Undurchführbarkeit einer solchen Strafbestimmung gegen die Unternehmer hinwiesen, ist es zu danken, daß nach längerer Aussprache der Antrag der Sozialdemokraten vorläufig bis zur zweiten Lesung zurückgestellt wurde. — Es ist hieraus also wiederum klar ersichtlich, in welch schädigender Weise gegen Handwerk, Landwirtschaft und Unternehmertum die Deutschnationalen in den Ausschüssen arbeiten und den radikalsten Anträgen der Sozialdemokratie ständig Handlangerdienste leisten. th.

Der Parteitag der U. S. P.

WTB. Leipzig, 1. Dez. In der umfangreichen Aussprache über den Geschäftsbericht, die den ganzen Vormittag ausfüllte, nahm die Frage der Agitation besonders auf dem platten Lande und die Frage der Volksbildung einen breiten Raum ein. So forderte ein Delegierter aus Köln stärkere Agitation im besetzten Gebiet. Ein anderer Delegierter aus dem Westen beklagte, daß man sich in der Agitation und Aufklärung unter den Kriegsgefangenen von den Rechtssozialisten habe überflügeln lassen. Im Ruhrrevier gäre es infolge des Auftretens des Generals Watter. Ferner wurde verlangt, daß das Protokoll des Gründungsparteitags endlich veröffentlicht werde.

Die Frage der

Einigung mit den Mehrheitssozialisten,

die beim zweiten Punkt der Tagesordnung ausführlich behandelt werden soll, wurde bereits von fast allen Rednern kurz gestreift. Im allgemeinen kam die Anschauung zum Ausdruck, daß eine Einigung nur auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes möglich sei. Doch wurde auch die Ansicht vertreten, daß es

nicht praktisch wäre, von vornherein alle Brücken abzubrechen.

Ein Redner, der bemängelte, daß der Parteivorstand nicht auf Einigungsverhandlungen eingegangen sei, da der Einigungswille in der Arbeiterschaft vorhanden sei, fand lebhaften Widerspruch bei der Versammlung.

Nach einem Schlußwort des Referenten Dittmann wurden die Verhandlungen auf nachmittag 3 Uhr vertagt.

Die Nachmittags-Sitzung war Rohstofffragen gewidmet. Nach etwa zweieinhalbstündiger Aussprache wurde ein Antrag der Organisationskommission angenommen, wonach die Organisationssatzung der Partei der nächste Parteitag zu beschließen hat. Dieser darf nicht mehr als 400 Delegierte umfassen. Die Zahl der auf den einzelnen Bezirk entfallenden Delegierten wird im Verhältnis der Gesamtzahl der Mitglieder des Reiches, für die Beiträge gezahlt und an die Zentralleitung abgeführt sind, von der letzteren festgesetzt. Jedoch entfallen auf jeden Bezirk mindestens ein Delegierter. Die weiblichen Mitglieder sind im Verhältnis ihrer Zahl bei der Delegiertenwahl zu berücksichtigen. Beschlußrecht auf dem Parteitag haben nur die Delegierten. Ferner wurde ein Antrag angenommen, eine Sekretärin für die Frauenbewegung anzustellen, die dem Parteivorstand mit beratender Stimme zur Seite stehen soll. Ein weiterer Antrag, der verlangte, daß Abgeordnete, die in Parlamentssitzungen, in denen über wichtige Punkte des Erfurter Programms (Sozialisierung) Beschluß gefaßt wird, fehlen, sowie Abgeordnete, die bei der Abstimmung sich der Stimme enthalten oder sich an Kompromissen beteiligen, welche nicht mit dem Parteiprogramm vertragen, sofort zurücktreten müssen und nicht wieder kandidieren dürfen, wurde der Organisationskommission überwiesen. Schließlich gelangte ein Antrag zur Annahme, durch den der Parteivorstand beauftragt wird, der politischen Erziehungsarbeit der Frauen mehr Beachtung zu schenken. Gegen 6 Uhr abends wurden die Verhandlung auf morgen vormittag vertagt.

Funkspruch an die Arbeiterkonferenz.

WTB. Berlin, 1. Dezember. An den Generalsekretär der internationalen Arbeiterkonferenz in Washington, Buttler, wurde folgender Funkspruch gerichtet:

„Das Reichsministerium bestätigt mit verbindlichstem Danke den durch Verstümmelung verzögerten gestrigen Empfang des Funkspruches vom 25. 11. über den deutschen Vertreter im Verwaltungsrat des internationalen Arbeiterrats. Der deutsche Regierungsvertreter wird baldmöglichst namhaft gemacht werden. Als Arbeitervertreter wird der Gewerkschaftsvorsitzende Karl Legien genannt."

Der Streik in Hamburg.

WTB. Hamburg, 1. Dezember. Die Vulkanwerke haben nunmehr die Angestellten des Lohn-Nachrechnungsbüros aufgefordert, zur Erledigung der Arbeiterentlassungen am Dienstag im Büro zu erscheinen. Heute ruht der Betrieb vollständig. Bisher sind keinerlei Ruhestörungen vorgekommen. Von dem Garnisonältesten sind keine besonderen Maßnahmen getroffen worden, da es sich um eine Auseinandersetzung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern handelt. Jedoch ist für erhöhte Bereitschaft gesorgt worden. Die Vulkanwerke halten heute eine Vorbesprechung mit dem Arbeiterrat ab.

Hamburg, 1. Dezember. (Privattelegramm.) Wie wir hören, verhält sich der größte Teil der Arbeiterschaft gegenüber dem gewalttätigen Vorgehen der radikalen Elemente ganz entschieden ablehnend. Obwohl wegen der Kündigung in der Vulkanwerft eine gewisse Erregung in der hiesigen Arbeiterschaft erkennbar ist, ist die Lage bisher völlig ruhig.

Preußische Landesversammlung.

Berlin, 1. Dez. Am Ministertische: Kommissare.

Vizepräsident **Dr. Porsch** eröffnet die Sitzung um 1¼ Uhr.

Zur Beratung steht die Anfrage **Heilmann** (Soz.) über die Kommunalisierung der Charlottenburger Wasserwerke.

Abg. **Heilmann** (Soz.): Mein Antrag will den einschlägigen Gesetzentwurf, dessen dritte Beratung aussteht, der Regierung als Material überweisen und die Regierung beauftragen, die Kommunalisierung der Charlottenburger Wasserwerke durch Reichsgesetzgebung mit aller Tatkraft anzustreben. Es soll bei der Festsetzung der Entschädigung ein Uebernahmepreis gewährt werden, der den Gemeinden einen wirtschaftlichen Betrieb des Berkehrs zu einem erträglichen Tarif ermöglicht.

Abg. **Kochmann** (Dem.): **Den Antrag Heilmann lehnt ein großer Teil meiner Freunde ab. Gegen ihn besteht auch das formelle Bedenken, daß er der Reichsgesetzgebung vorgreift.**

Abg. **Dr. Moldenhauer** (D. Vpt.): **Da wir die Zuständigkeit Preußens nicht noch weiter zugunsten des Reiches verschieben wollen, lehnen wir den Antrag ab.**

Abg. **Leid** (U. S.): Dem Antrag Heilmann stimmen wir zu.

Abg. **Dr. Kloß** (Dn.): Wir lehnen den Antrag ab.

Abg. **Dr. Tews** (Ztr.): Wir stimmen dem Antrag unter Streichung der Einzelheiten über die Entschädigung nach dem Werte der Aktien und der Wertbemessung der Schätzgerechtigkeiten zu.

Der ganze Antrag wird unverändert angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrages Adolf Hoffmann (U. S.) auf Vergemeindlichung und Verstaatlichung des Lebebildwesens.

Abg. **Dr. Mehrhof** (U. S.): begrüßt den Antrag.

Der Antrag geht an den Ausschuß für Bevölkerungspolitik.

Ein Antrag Dr. Kloß (Dn.), der sich der Assistenten des Landwirtschaftlichen Instituts Bromberg annimmt, geht an den Haushaltsausschuß.

Ein Antrag von Kessel (Dn.) will die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Zucker.

Abg. **von Kessel** (Dn.): Es ist eine Hebung des Preises notwendig, um den Rübenbau zu fördern. Einen besseren Weg als die Aufhebung der Zwangswirtschaft kann ich nicht nennen. Wir würden unsere Bevölkerung besser versorgen und kämen auch wieder zur Ausfuhr und damit zur Besserung der Valuta.

Abg. **Kanlen** (Ztr.) fragt die Regierung, was sie tun will, um die höchstmögliche Zuckererzeugung zu sichern.

Abg. **Langer** (Soz.): Die Zuckerschieber müssen mit Zuchthaus bestraft werden. Der Antrag bedarf einer gründlichen Ausschußberatung.

Unterstaatssekretär **Peters**: Das Reichswirtschaftsministerium hat einen Entwurf ausgearbeitet, nach dem es gelingen soll, eine wirksame Abwehr der Gefahren für die Zuckerbewirtschaftung zu erzielen.

Abg. **Jakoby-Raffauf** (Ztr.) empfiehlt die Ueberweisung des Antrages an den Landwirtschaftsausschuß.

Abg. **Held** (Dn.): Die Zuckerrübe bedarf des Stickstoffs. Daran fehlt es, weil die Stickstoffabriken keine Kohle haben. Stellt die Regierung nur 3 Prozent der Kohle und 5 Prozent der Kokserzeugung zur Verfügung, dann bekommen wir Stickstoff, Rüben und billigen Zucker, und dann bedarf es keiner Zwangswirtschaft.

Abg. **Kimpel** (Dem.): Wir sind für die Aufhebung der Zuckerwirtschaft, aber nicht für die Herausnahme eines einzelnen Artikels.

Abg. **Klaußner** (U. S.) will die Landwirtschaft sozialisieren. Dann haben wir auch genügend Zucker.

Der Antrag geht an den Landwirtschaftsausschuß.

Es folgt die Beratung des Antrages Friedberg (Dem.) auf Neuregelung der Medizinalverwaltung.

Abg. Dr. **Schloßmann** (Dem.) empfiehlt den Antrag, dessen Sinn darauf abziele, beamtete Aerzte durch selbstverwaltungskörper wählen zu lassen.

Abg. Dr. **Bener** (Soz.): Der Kreisarzt muß polizeiliche Befugnisse bekommen, sonst ist eine wirksame Bekämpfung der Seuchengefahr nicht möglich.

Abg. Dr. **Benl** (U. S.): Wir sind für den Antrag. Lehrstühle für Sozialhygiene müßten an allen Universitäten errichtet werden.

Der Antrag findet einstimmig Annahme.

Es folgt die förmliche Anfrage des Zentrums über die Behandlung des Handwerks im besetzten Rheinland.

Abg. **Esser** (Ztr.) begründet die Anfrage. Das Handwerk ist im besetzten Gebiet bei der Verteilung von zentralbewirtschafteten Rohstoffen und von öffentlichen Arbeiten ausgeschaltet worden. Das ist eine vom nationalen Standpunkt aus sehr bedenkliche Schädigung des Handwerks. Dadurch werden nur die Abtrennungsbestrebungen gefördert.

Ein Regierungskommissar erwidert, bei der Verteilung der Rohstoffe werde zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet kein Unterschied gemacht. Auch bei der Vergebung von öffentlichen Arbeiten sei eine Ausschaltung des rheinischen Handwerks weder erfolgt noch beabsichtigt.

In der sich anschließenden Aussprache betonte Minister **Fischbeck**, daß die Regierung ungesetzt bemüht sei, dem Handwerk zu helfen durch Schaffung von Organisationen für die Rohstoffversorgung, Kreditgewährung usw. Es sei aber nicht zu vergessen, daß ein großer Teil der einschlägigen Aufgaben jetzt beim Reiche liege.

Ein Antrag **Hus** (Soz.) über die Verwendung der Reklamen von Privatbergwerken geht an den Handelsausschuß.

Es werden noch zahlreiche Bittschriften erledigt.

Dienstag 12 Uhr: Anfragen; Provinzialverwaltungsgesetz in dritter Lesung.

Schluß gegen 6¾ Uhr.

Die Verschleuderung der deutschen Ausfuhr.

WTB. Berlin, 1. Dezember. Gegen die Verschleuderung der deutschen Ausfuhr wendet sich erneut der Reichsverband der deutschen Industrie. In der Schweiz hat die Einfuhr billiger deutscher Möbel bereits Arbeitslosigkeit hervorgerufen, und die Schweiz schreitet zu Einfuhrverboten gegenüber Deutschland. Die deutsche Industrie kann die Gefahr ausländischer Einfuhrverbote dann abwenden, wenn sie sich allenthalben entschließt, ihre Ausfuhrpreise bis zu dem hohen Stande der ausländischen Preise heraufzusetzen.

Die Gemeindewahlen in Elsaß-Lothringen.

WTB. Paris, 1. Dezember. In Straßburg erhielten bei 36 Sitzen die Sozialisten 17, die Radikalen 4, der nationale Block 15. Die Wahl von Peirotes zum Bürgermeister scheint gesichert. In Kolmar soll die ganze sozialistische Liste durchgedrungen sein. In Mülhausen wurden 18 Sozialisten und 18 Angehörige der republikanischen Gruppen gewählt. In Metz fielen von 32 Sitzen 27 dem republikanischen Bunde zu. Für 4 Sitze findet eine zweite Wahl statt.

In Algier wurden in die Deputiertenkammer gewählt ein ehemaliger Kriegsteilnehmer und ein Radikaler, in Oran die beiden Kandidaten des republikanischen Bundes. Im Territorium Belfort wurden beide Kandidaten der sozialistisch-radikalen Gruppe gewählt.

Veröffentlichungen im Reichsanzeiger.

WTB. Berlin, 1. Dezember. Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Verordnung über Sondergerichte über den Schleichhandel und Preistreibereien (Wuchergerichte), eine Verordnung für die Ausführung dieser, eine Verordnung über Versicherungs- und Vorlegungsfristen, eine Bekanntmachung der Gegenstände, die als lebenswichtig im Sinne der verschärften Strafbestimmungen für verbotene Ausfuhr anzusehen sind, eine Bekanntmachung zur der Verordnung über Maßnahmen gegen die Kapitalflucht vom 24. Oktober 1919.

v. Batocki — Professor in Königsberg.

WTB. Berlin, 1. Dezember. Der ehemalige Reichsernährungsminister und frühere Oberpräsident von Ostpreußen, vor Batocki, ist laut „Täglicher Rundschau" zum ordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Universität Königsberg ernannt worden.

Der Rat von Flandern.

WTB. Brüssel, 1. Dezember. Von den 93 Mitgliedern des Rates von Flandern sind sehen in die Hände der belgischen Justiz gefallen, zum Teil verurteilt, zum Teil erwarten sie ihre Verurteilung. Die andern sind geflüchtet. Sie sollen nunmehr in contumaciam von dem Schwurgericht in Brüssel abgeurteilt werden, und zwar in drei Parteien: zuerst die, die seinerzeit dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg in Berlin einen Besuch abstatten, dann die, die Stellungen angenommen hatten, die von den Deutschen bezahlt wurden, und schließlich die, die von den Deutschen bezahlt wurden, und schließlich die, die nur einfach Mitglieder des Rates waren.

Die Internierung der Armee Awalows.

WTB. Berlin, 1. Dezember. Aus dem Baltikum wird berichtet, daß die russischen Truppen des Detachements Awalow unnächst in das Kriegsgefangenenlager nach Neiße gebracht werden. Die deutschen Truppen werden sofort in die Heimat nach ihren Standorten geleitet.

Bolschewistische Pläne in Nordamerika.

Haag, 1. Dezember. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Washington wird gemeldet: Der amerikanische Detektivdienst erhielt Beweise für eine neue bolschewistische Verschwörung. An Beamte, Senatoren usw. sollten zum Weihnachtsfeste Pakete mit Bomben gesandt werden.

Deutsches Reich.

Heimkehr von Gefangenen.

WTB. Berlin, 1. Dezember. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Sämtliche 1162 Malta-Gefangene ein schließlich der Kombattanten, werden am 5. Dezember abbefördert und treffen etwa am 9. Dezember in Kufstein ein. Für die Heimbeförderung der deutschen Gefangenen in Indien sind laut neuer Mitteilung der englischen Regierung endgültige Anordnungen derart getroffen worden, daß Anfang Dezember der Abtransport beginnt.

Oberst Reinhardt nicht versetzt.

WTB. Berlin, 1. Dezember. Die zuerst von Wiener Blättern veröffentlichte Meldung, daß Oberst Reinhardt von Glogau versetzt worden sei, ist unrichtig.

Preußische Klassenlotterie.

Berlin, 1. Dezember. Vormittagsziehung der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie. 15 000 Mk. auf Nr. 171 406. 10 000 Mk. auf Nr. 221 508. 5000 Mk. auf Nr. 97 031, 141 126. 3000 Mk. auf Nr. 8 707, 12 117, 16 223, 22 793, 30 314, 34 327, 34 941, 36 361, 46 860, 55 042. 66 297, 70 640, 74 824, 78 313, 89 438, 103 889, 118 929, 123 641, 131 599, 141 143, 148 877, 149 400, 149 561, 154 331, 155 224, 171 073, 173 569, 185 042, 197 212, 207 594, 215 845, 218 784, 221 481, 227 875, 233 830.

Ausland.

Gewalt gegen den Vormarsch d'Annunzios.

WTB. Belgrad, 1. Dezember. Wiener Tel.-Korr.-Büro. Die italienische Regierung hat die südslawische Regierung verständigt, daß sie entsprechend den Weisungen der Friedenskonferenz den Vormarsch d'Annunzios in Spalato verhindern wolle.

Halle und Umgegend.

Halle den 2. Dezember 1919.

Stadtverordneten-Sitzung.

Halle, 1. Dezember.

Die Verhandlungen leitet Vorsteher Hennig (Unabh.). Es sind eine Reihe Dringlichkeitsanträge eingegangen, die am Schluß der Sitzung verhandelt werden.

Punkt 1 und 2. Für das Kuratorium der Brumhardstiftung und für die Versicherungsdeputation werden Ergänzungswahlen vorgenommen. (Ref. Kleeis (Mehrheitssoz.) und Ziegler (Deutschnat.)

3. In die Armendirektion wählt man neben den bisherigen Mitgliedern drei neue. (Ref. Stv. Ziegler (Deutschnat.)

4. Ueber die Aenderung des Ortsstatuts für die Fortbildungsschulen berichten die Stv. Mendorf und Kleeis. Zugleich trägt Stv. Kleeis eine Eingabe der Handwerkskammer vor, die sich gegen die Bestimmung wendet, daß das Schulgeld nicht abgewälzt werden dürfe. Die Petenten meinen, solche Bestimmung greife in die Rechte der Arbeitgeber ein. Die Versammlung stellt sich jedoch auf einen ablehnenden Standpunkt und genehmigt das Ortsstatut samt jener Bestimmung.

Stv. Bock (Unabh.) beantragt, den Fortbildungsschülern alle Lehrmittel unentgeltlich zu liefern.

Stv. Minner (Deutschdem.) ist namens seiner Partei im Prinzip dafür, will aber aus praktischen Gründen zur Zeit noch davon Abstand nehmen solange es sich wie gegenwärtig um eine Schule im Umherziehen handle. Im vorbereitenden Ausschuß sei von unabhängiger Seite gesagt worden, die Jugend dürfe keine Freude am Besitz haben, deshalb müsse die Stadt die Reißbretter usw. unentgeltlich liefern. Solche Grundsätze machen wir aber nicht mit. Den Bedürftigen soll selbstverständlich alles Unterrichtsmaterial umsonst geliefert werden.

Der Antrag Bock wird abgelehnt.

5. Die Stvv. Knauthe und Ziegler berichten über die Wahl der Vorstände für die Fortbildungsschulen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191202018/fragment/page=0002

6. Die beim Stadttheater in den letzten beiden Jahren erzielten Ueberschüsse sollen im Betrage von 155 000 Mk. dem Grundstock für die

Errichtung eines intimen Theaters,

der damit auf rund 200 000 Mk. anwächst, zugeführt werden. (Ref. Stv. Bund (Deutschnat.) und Bock (Unabh.)

7. Für die Einrichtung elektrischer Beleuchtung in den Polizeirevieren, im Polizeidienstgebäude, in der Stadthauptkasse, im Rathaus und Wagegebäude, im Mieteinigungsamt, im Wohnungsamt werden 44 300 Mk. bewilligt. (Ref. Stv. Brömme (Unabh.) und Minner (Deutschdem.)

Punkt 8. Aufhebung der kasernierten Prostitution wird abgesetzt, da die Referentin Frau Krüger fehlt.

Punkt 9 betrifft eine Anfrage der U. S. P. D.: Ist dem Magistrat bekannt, daß weibliche Arbeitskräfte unter dem Hinweis, daß ihnen sonst die Erwerbslosenunterstützung entzogen werde, durch Arbeitervermittler veranlaßt werden, schlecht entlohnte Arbeitsstellen anzunehmen. Was gedenkt der Magistrat dagegen zu tun?

Stv. Hildebrandt (Unabh.) begründet die Anfrage.

Stadtrat Velthuysen entgegnet, das Arbeitsamt vermittle

nur nach tariflichen Sätzen

Stellungen, eventuell nach dem ortsüblichen Tagelohn.

Stv. Hildebrandt: Die tariflichen Sätze erkennen wir an, aber der ortsübliche Tagelohn gab früher kein Existenzminimum.

Stadtrat Velthuysen: Der ortsübliche Tagelohn ist allerdings sehr gering und er soll auch heraufgesetzt werden. In der Zwischenzeit gleichen wir ihn in der Praxis den tariflichen Sätzen an.

10. Nunmehr wird der Antrag der U. S. P. D. verhandelt: die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat um Zustimmung, daß aus dem Fonds, der am 27. Oktober gegründet wurde, nicht nur heimgekehrte Kriegsgefangene, sondern auch heimgekehrte Zivilgefangene Beihilfen bis zu 600 Mark erhalten können.

Stv. Hildebrandt (Unabh.) vertritt den Antrag. Weder vom Reich, noch von Stadtwegen sei das Geringste getan für heimgekehrte Zivilgefangene, z. B. für mehrere, die nach fünfjähriger Internierung aller Habe entblößt aus Australien gekommen seien.

Stv. Kleeis (Mehrheitssoz.) bringt dabei gleich noch eine Eingabe des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten zur Sprache und macht darauf aufmerksam, daß eine Zentralstelle der Fürsorge für Kriegs- und Zivilgefangene usw. in Halle noch fehlte.

Der Antrag wird dem Magistrat als Material übergeben.

11. Ein Antrag der Unabhängigen besagt: Der Magistrat wird ersucht, dem Kollegium eine Vorlage zu unterbreiten, die Vorsorge trifft, den Arbeitern und Arbeiterinnen derjenigen Betriebe, die infolge der Kohlenkatastrophe schließen müssen, einen erhöhten Zuschuß zur Erwerbslosenunterstützung zu gewähren.

Stv. Kürbs (Unabh.): Die Kohlennot bedroht auch bei uns einzelne Betriebe mit Schließung. Die betreffenden Arbeiter leben der Sache mit banger Sorge entgegen zumal die Stillegung einige Wochen dauern wird.

Stadtrat Velthuysen: Die gesetzlichen Bestimmungen geben entgegen dem Antrage auf Abbau der Erwerbslosenfürsorge. Ich kann übrigens mitteilen, daß

Aussicht besteht, daß wir hier in Halle mit Kohlen so beliefert werden, daß eine Schließung der größeren Betriebe nicht droht. Bis Anfang Januar dürfen wir uns für gedeckt betrachten.

Die Arbeit soll übrigens gestreckt werden. Der Antrag kann im Sozialen Ausschuß beraten werden.

Stv. Minner (Deutschdem.): Wenn wir nicht die unsinnigen Streiks gehabt hätten, dann wäre die Kohlennot nicht so groß. Aber gerade jetzt haben wir wieder einen großen Streik in Bitterfeld, veranlaßt von Leuten, die dem Antragsteller nicht fernstehen. Ich freue mich, meine Herren Unabhängigen, daß Sie jetzt selber auf den Trichter kommen, was Sie mit Ihrem Streikhetzen angerichtet haben. Ihnen muß das Gewissen bis an den Hals schlagen über Ihre unsinnige Hetze. Daß auch die Betriebe Not leiden werden, das spüren Sie natürlich nicht

Es entwickelt sich eine ausgedehnte Debatte. Der Antrag wird dem Sozialen Ausschuß zugeschrieben.

Punkt 12 betrifft den Antrag der deutschdemokratischen Fraktion:

den im Ruhestand befindlichen städtischen Beamten

und insbesondere deren Hinterbliebenen ist mit einer einmaligen Beschaffungsbeihilfe allein nicht gedient. Sie erwarten eine fortlaufende Aufbesserung ihrer jetzigen Bezüge, die noch heute auf oft viele Jahre zurückliegende Gehaltssätze eingestellt sind. Der Magistrat soll prüfen, und eine baldige Aufbesserung dieser Bezüge vornehmen.

Stv. Minner (Deutschdem.) begründet den Antrag. Es seien noch jetzt Personen vorhanden, die 25 bis 30 Mk. im Monat beziehen.

Stadtrat Wurm führt aus, daß der Magistrat alles tue, was geschehen könne.

Stv. Kleeis (Mehrheitssoz.) bringt im Anschluß daran einen Antrag ein, den auf Privatdienstvertrag Angestellten der Stadt, die nach dem 1. Mai ihre Ehen angenommen haben, Ehebeihilfen zuteil werden zu lassen, die je nachdem die Dienstzeit einen oder mehrere Monat kürzer ist, bei Verheirateten um 100 Mk., bei Unverheirateten um 80 Mk. hinsichtlich der Kinderzulagen um 25 Mark je Monat verringert werden.

Der Antrag wird dem Haushaltsausschuß überwiesen.

13. Der Ortsgruppe Halle des Hilfsbundes vertriebener Elsaß-Lothringer bewilligt man 10 000 Mk. (Ref. Stv. Busche (Deutschnat.)

14. Einem Vertrag mit dem Fabrikbesitzer Willi Kamplath auf Landaustausch wird zugestimmt. (Ref. Stv. Woll (Unab.).

15. Das Ziegeldach des Brunnenhauses der Unterburg Giebichenstein soll mit einem Kostenaufwand von 3500 Mark instandgesetzt werden. (Ref. Stvv. Heine (bei keiner Fraktion) und Brömme (Unabh.).

16. Das erste Obergeschoß im Museumsgebäude am Großen Berlin will man dem Wohnungsamt zur Aufnahme des stark vermehrten Personals zur Verfügung stellen. Der Magistrat beantragt, Zwischenwände einzuziehen usw., was 11 500 Mark kostet. Namens des Bauausschusses beantragt Stv. Lehmann (Deutschdem.) Ablehnung, während der Referent des Finanzausschusses Stv. Brömme (Unabh.) den Magistratsantrag empfiehlt.

Frl. Stv. Lange (Deutschdem.) weist nach, daß die Teilung des großen Saales in mehrere Räume, ein unabweisbares Bedürfnis ist.

Die Versammlung genehmigt den Magistratsantrag.

17. Das Kollegium beschließt, daß den Straßenbahnern die bei der Stadtbahn und bei der hallischen Straßenbahn A.-G. zurückgelegten Dienstjahre jo angerechnet werden, als ob sie im Dienste der Stadt verbracht worden wären. (Ref. Stv. Gräfe (Unabh.).

18. Von den Betriebsüberschüssen der Grube Carl-Ernst in Höhe von 116 425 Mk. werden 100 000 Mk. zur Bildung eines besonderen Fonds verwendet, um den Abbau der Braunkohle unterm Fiaplatz vorzubereiten. (Ref. Stv. Gräfe (Unabh.).

19. Für das Stadtkrankenhaus, das über Erwarten eine starke Belegung zeigt und bei der Bevölkerung einer ausgesprochenen Beliebtheit sich erfreut, werden für Wäsche, Bekleidungsgegenstände, Instrumente, Glasjachen usw. 35 000 Mk. nachbewilligt. (Ref. Stv. Ritter (Deutschdem.).

20. Für den Zoologischen Garten bewilligt man zur Herstellung von Drucksachen, Programmen usw. 3200 Mk. nach. (Ref. Stv. Steinbruck (Deutschnat.).

Punkt 21 betrifft die Eingabe des Pastors Winterberg und der ihm nahestehenden Vereine, die

die Kinos

unter scharfe Zensur stellen und eventuell sie mit Rücksicht auf den Kohlenmangel ganz schließen wollen. Wie Stv. Splett (Christl. Vp.) darlegt, empfiehlt der Ausschuß Ablehnung der Eingabe, da die Zensur ge estlich aufgehoben ist und auch eine Schließung der Kinos mit Rücksicht auf die Kohlenfrage hinsichtlich der Rechtsgültigkeit schwere Bedenken bringe. Damit zugleich wird ein Antrag der Deutschnationalen verbandelt:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, im Prinzip die Uebernahme der Lichtspielhäuser in städtische Verwaltung zu dem frühesten Termin nach Erlaß des Kommunalisierungsgesetzes und ersucht den Magistrat, vorbereitende Schritte einzuleiten.

Die Vorlage wird dem Sozialisierungsausschuß übergeben.

Punkt 22 umfaßt den Antrag der U. S. P. D., Mädchen, welche die oberste Klasse der Mittel- und Volksschule absolviert haben, zum Besuch der Frauenschule zuzulassen. Der Referent Stv. Hoß (Deutschdem.) legt dar, daß nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen solche Schülerinnen zur Zeit nicht die Möglichkeit haben, dort Prüfungen abzulegen, um sich damit neue Erwerbsmöglichkeiten zu schaffen. Der Magistrat soll gebeten werden, bei den Zentralbehörden auf eine Abänderung der entgegenstehenden Bestimmungen hinzuwirken.

Der Antrag wird angenommen.

23. Ein Antrag der U. S. P. der Magistrat möge auf die Kommunalisierung der Polizei einwirken, um den demokratisch gewählten Vertretern der Einwohnerschaft einen verstärkten Einfluß auf die Verwaltung der polizeilichen Einrichtungen der Stadt zu sichern, wird für gegenstandslos erklärt, nachdem der Referent Stv. Herzfeld (Deutschdem.) dargelegt hatte, daß die Sache an den geltenden Bestimmungen scheitere, denn die Polizei sei immer nach Sache des Staates.

Außerhalb der Tagesordnung wurden in der Sitzung, die sich bis 8 Uhr ausdehnte, noch mehrere eilige Initiativanträge erledigt, auf die wir im Abendblatt zurückkommen.

Verein junger Deutschdemokraten.

Die für Mittwoch, den 26. November, einberufene Versammlung, in der über die Regierungspolitik und Regierungsvorlagen gesprochen werden sollte, war sehr zahlreich besucht. Der Vorsitzende benützte zunächst den Aba. Dr. Schreiber und legte sodann die Gründe dar, die zur Veranstaltung des Abends geführt haben. Demokratie erfordert tätige Mitarbeit und Verantwortungsgefühl jedes Einzelnen. Daher muß jeder zu den politischen Fragen Stellung nehmen. Die Abgeordneten müssen in lebendigem Zusammenhang mit den Wählern bleiben und ihre Wünsche erfahren. Es sei deshalb diese Versammlung einberufen, um eine Aussprache über die brennenden Tagesfragen herbeizuführen.

Als erster Redner meldete sich der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, Herr Leidenfrost, der die Wünsche der Angestellten zum Betriebsrätegesetz vorbrachte. Herr Dr. Schreiber vertrat demgegenüber die Stellung der Fraktion, die sich aus einem Teil der Forderungen, wie Teilnahme am Aufsichtsrat, Einsicht der Bilanz und Mitwirkung bei der Einstellung, keine Vorteile für die Angestellten verspreche. Festzuhalten dagegen sei an der Mitwirkung bei Entlassungen.

Nach einer recht lebhaften Aussprache wurde sodann die Angelegenheit des Marburger Studenten Lemmer angeschnitten. Ein Redner wandte sich unter lebhafter Zustimmung entschieden gegen die Treibereien gewisser Dozenten, die ihr Amt zu politischer Agitation mißbrauchen. Einstimmig wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die am 26. November versammelten Mitglieder des Vereins junger Deutschdemokraten zu Halle bitten die Abgeordneten der Partei, aufs Entschiedenste Verwahrung einzulegen gegen die durch reaktionäre Elemente veranlaßte Bestrafung unseres jugendlichen Parteifreundes Lemmer. Sie erblicken in diesem Akt eine Herausforderung seitens der Vertreter des alten Systems und fordern dringend die sofortige Zurücknahme des Urteils und zur Rechenschaftsziehung der an ihm schuldigen Mitglieder des akademischen Senats zu Marburg."

Für den am 5 Dezember stattfindenden nächsten Abend ist eine Belprechung des Tumult-schadengesetzes sowie der Arbeit des Untersuchungsausschusses in Aussicht genommen. Auch soll an diesem Abend wieder ein geselliger Teil mit musikalischen Darbietungen stattfinden. Der Eindruck des Abend war entschieden der, daß solche Aussprachen das politische Leben bedeutend fördern und der Sache der Demokratie neue Anhängen gewinnen.

Bei Postsendungen nach Dänemark, Norwegen, Schweden und der Schweiz ist zur Annäherung an den Kursstand der deutschen Mark der deutsche Gegenwert für die fremden Gebühren erhöht worden. Nähere Auskunft erteilen die Postanstalten.

Postpakete mit und ohne Wertangabe, aber ohne Nachnahme und Zollfrankozettel können von jetzt an wieder nach Italien aufgeliefert werden; außerdem sind Pakete nach den von den Italienern besetzten Orten des Trentino sowie von Istrien, Dalmatien und den Curzolari-Inseln zulässig. Nähere Auskunft erteilen die Postanstalten.

Ortsgruppe des Hilfsbundes für die vertriebenen Elsaß-Lothringer. Die nächste Mitgliederversammlung findet Sonntag, den 14. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im „Schultheiß", Merseburger Straße, statt. Das Weihnachtsfest wird in diesem Lokal am Sams'ag, den 20. Dezember, abends 6 Uhr, abgehalten werden. Der Wäscheverkauf beginnt nächsten Dienstag, den 2. Dezember, und wird dann bis auf weiteres Dienstags und Freitags fortgesetzt. Er findet jeweils statt, vormittags zwischen 10 und 12 Uhr im Lager Oppermann, Bernburger Str. 15 (Eingang Richard-Wagner-Str.). Ausweise zum Bezuge der Wäschestücke werden vom Geschäftsführer des Hilfsbundes, Lindenstr. 83, ausgestellt.

Kunst und Wissenschaft.

Weingartner — Entente-Freund. In dem seit kurzem in Wien erscheinenden deutschfeindlichen Leiblatt „Independence" Herausgeber Baabe (richtig Bacher), veröffentlicht der Direktor der Wiener Volksoper (früher Hofoperndirektor) Felix von Weingartner, einen langen Artikel, in dem er wütende Angriffe gegen Deutschland erhebt und schreibt: „Deutschland, das seine Väter und Söhne von den Familien wegnerissen hat, um sie als Kanonenfutter seiner Unteroffiziere auszusetzen mit dem einzigen Ziele, sie den Tod für den Kaiser sterben zu lassen, ist ruiniert! Aber ein besseres Deutschland vorbereitet zu haben, das ist der große Kulturakt, den wir Amerika verdanken." Diese unerhörte, unbegreifliche Kundgebung eines Leiters der Anstalt, die doch vor allem die deutsche Kunst zu pflegen berufen ist, dürfte ein Nachspiel im Wiener Theaterausschuß haben.

Heisungslose Eröffnung der Petersburger „Sowjet-Universität". Am 15. Oktober wurden in Petersburg die Vorlesungen an der „Universität der Arbeiter und Bauern" eröffnet. Als Dozenten treten alle in Petersburg ansässigen Parteiführer der Bolschewisten, mit dem Volkskommissar Sinowjew an der Spitze, auf. Als Ausbildungsziel steht unter den Lehrkräften der Name Magim Gorkis. Als Hörer werden nur solche Personen zugelassen, die auf dem Boden der Räteregierung stehen; als eine Art obligates Seminar steht die regelmäßige Teilnahme an den Sitzungen der Räte auf dem Programm. Der Lehrplan beschränkt sich ausschließlich auf Fächer, die in Beziehung zur kommunistischen Bewegung gebracht werden können. Es werden vorgetragen: „Geschichte der Arbeiter und Bauern in Rußland", „Allgemeine Geschichte der Arbeiterbewegung", „Geschichte der Revolution", „Geschichte der revolutionären Bewegung in Rußland", „Sozialismus", „Die Internationale", „Die kommunistische (bolschewistische) Partei und ihre Wirksamkeit". Hörer, die ein Semester (sechs Monate) die Universität besucht haben, werden in den Petersburger Verwaltungsrat entsandt und dann in Amtsstellen gesetzt. — Nicht enthalten in diesem Programm ist die Lösung der wichtigsten Frage, wie die Räume der Universität in diesem Winter geheizt werden können. Die Holzvorräte in Petersburg, einschließlich der hölzernen Brücken und Häuser, sind fast ganz aufgebraucht, die staatlichen Vorräte (26 000 Kubikfaden) reichen bis Anfang Dezember. Alle Theater und Kinos sind geschlossen worden. Alle Wälder im Umkreis von 20 Werst sind bereits abgeholzt.

Literatur.

Bekanntlich ist unsere Industrie zurzeit auf das eifrigste mit der gewaltigen Aufgabe beschäftigt, ihr gesamtes Arbeitsmaterial zu normen, weil dadurch eine ebenso gewaltige Ersparnis an bisher zwecklos vergeudeter Energie erzielt werden kann. Gleiches trifft für die technisch verwendeten Farben zu. Dieses überaus wichtige Thema behandelt der bekannte Chemiker Prof. Dr. Wilhelm Ostwald in einem höchst beachtlichen Artikel „Die Farborgel" in der neuesten Nummer 3985 der „Illustrierten Zeitung" (Verlag J. J. Weber, Leipzig und Berlin) unter Beigabe charakteristischer Abbildungen. Eine spannende Schilderung einer Elchjagd bietet der Beitrag „Der Ruf" mit drei Bildern. Der Kunst gewidmet sind ein illustrierter Artikel über Ludovico Carracci und Gemäldewiedergaben in Schwarz-Weiß und in prächtigen Vierfarbendrucken. Nach Oberhessen führt uns ein Beitrag „Aus dem Lande der Stumpröcke" mit einem ganzseitigen Gruppenbilde, und ein reichbebilderter Artikel „Modernes Pelzwerk bietet nicht nur der Damenwelt manch Interessantes. Dazu zahlreiche Bildnisse und Bilder aus der Tagesgeschichte und vom Theater, unterhaltende kleinere Beiträge sowie die Fortsetzung des humoristischen Romans „Der Türkenschmied", die Rubriken „Aus Wissenschaft und Technik", „Kulturzundschau", „Literatur und Kunst" — alles in allem wieder eine Fülle an interessantem Stoff in dieser empfehlenswerten größten deutschen Wochenschrift.

Provinzial-Nachrichten.

□ **Güsten,** 1. Dezember. (Die Eisenbahndiebstähle) auf dem hiesigen Bahnhofe und auf den hier durchlaufenden Strecken haben einen Umfang angenommen, der jeder Beschreibung spottet. Nicht etwa die Not ist die Ursache, denn gestohlen werden hier nicht nur Lebensmittel, sondern alles, was auf der Bahn transportiert wird. Auf der Strecke Güsten—Hettstedt gibt es gleich hinter Sandersleben eine große Steigung, die von der Güterzügen nur in langsamer Fahrt genommen werden kann. An dieser Stelle steigen vielfach nachts Leute in den Zug und werfen Waren heraus, die von den mit Wagen bereit stehenden Helfershelfern fortgeschafft werden. Kürzlich hatte man in einem solchen Zug einen Leerwagen eingeschoben, in dem mehrere bewaffnete Beamte mitfuhren, um die Räuber abzufassen. Der Plan gelang; es kam aber zu einem Zusammenstoß, bei dem einer der Verbrecher einen Schuß erhielt, an dessen Folgen er verstarb. Als abschreckendes Beispiel hat dieser Vorfall aber kaum gewirkt. Denn einige Tage später sind an der gleichen Stelle wieder Diebe auf einen Güterzug gesprungen und haben nicht weniger als zehn Güterwagen geplündert. Die auf dem hiesigen Bahnhofe beim Diebstehl Betroffenen haben immer die gleiche Ausrede: entweder ein unbekannter Eisenbahner hat ihnen die Ware übergeben oder irgend jemand hat sie ihnen aus Rache in ihren Unterkunftsraum gestellt, oder sie haben sie gefunden und sind gerade auf dem Wege, um das Diebesgut bei der Güterabfertigung abzuliefern. Bahnbedienstete abgenommenes Gut ist fast regelmäßig „gefunden". Wer freilich nicht von der Bahnhofswache abgefaßt wird, verpaßt immer das Abliefern.

:: **Gerbershausen,** 1. Dez. (Mord.) In der Nähe des Rittergutes Rothenbach, einem von Menschen selten betretenen Teile des Waldes, wurde die Leiche eines Mannes gefunden. Am Donnerstag weilte die Gerichtskommission am Fundort. Es wurde festgestellt, daß es sich wohl um einen Raubmord handelt. Der Tote hatte am Halse noch das Tuch, das der Mörder mit einem Stemmeisen zugedreht hat. Gewisse Anzeichen deuten darauf hin, daß ein Kampf zwischen dem Mörder und seinem Opfer stattfand. Uhr und Geld wurden bei der Leiche nicht gefunden. Die Leiche dürfte seit Mitte Oktober im Gebüsch gelegen haben, denn Gesicht und Hände waren bereits angefressen. Aus den vorgefundenen Papieren ergab sich, daß der Ermordete der Reisende Jakob Loib Baijer aus Hannover ist.

✻ **Weimar,** 1. Dezember. (Kohlenschiebung. — Eisenbahnräuber.) Auf eine Anzeige der Weimarer Kohlenhändler kamen Privatgeschäfte aus Tageslicht, die der frühere Leiter der Ortskohlenstelle, Kaufmann Sternau, lange Zeit betrieben hat, indem er ganze Waggonladungen mit Kohlen verschob und den Gewinn in seine Tasche fließen ließ. Obgleich schon seit Monaten die Sache in der Stadt ruchbar war, wurde erst in letzter Zeit eine Untersuchung eingeleitet, die schwerbelastendes Material zutage förderte und zur plötzlichen Enthebung Sternaus von seinem Amte sowie zur Ueberweisung der Akten an die Staatsanwaltschaft führte. In den letzten Gemeinderatssitzungen kam es aus diesem Anlaß zu stürmischen Auseinandersetzungen. — Am Mittwochabend sprangen vier feldgrau gekleidete Personen auf der von Jena kommenden Eilgüterzug, der in der Nähe des „Waldschlößchens" wegen Bauarbeiten langsam fahren mußte, drangen in einen Waggon ein, warfen vier Kisten heraus und sprangen wieder ab. Eine Kiste mit Porzellan ließen sie auf der Strecke zurück, während sie mit den anderen verschwanden.

⊙ **Eisfeld,** 1. Dezember. (Die Arbeit der Silbergeldschieber.) Wie Geldschieber arbeiten und wie man sie fängt, zeigte ein Fall in unserer Gegend. Es war bekannt geworden, daß sich in und um Fehrenbach auf dem Thüringer Wald ein Mann aus Leipzig aufhalte, der Silbergeld zu höheren Preisen auffaufe. Ein Polizeibeamter machte sich in Zivil mit dem Manne bekannt und bestellte ihn zum Verhandeln über einen Geldankauf in eine Gastwirtschaft. Der Leipziger stellte sich dabei als der Kaufmann August Krödel vor und bot für 1400 Mark in Silber 4000 Mark in Reichsbanknoten. Auf der Stelle zahlte er 1000 Mark an; den Rest wollte er bei der Uebergabe zahlen. Durch Anfragen teilte er mit, daß er das Geld für eine Pforzheimer Firma auffaufe. Er wurde verhaftet und bei im Gemeindevorstand durchsucht. Man fand 7163 Mark Papiergeld und belastende Briefschaften. Er bot dem Festnehmer 200 Mark an, wenn er von einer Anzeige absehe. Aber seine Personalien wurden festgestellt und er erst dann auf freien Fuß gesetzt. Er soll 30 000 Mark Papiergeld im Wald versteckt gehalten und später mitgenommen haben. Während der Ausfragen verriet Krödel noch, daß er in Mühlhausen für 32 000 Mark Silbergeld gekauft hatte.

)(**Eisenach,** 1. Dezember. (Der deutsche Pomologenverein) hat eine Namensänderung vorgenommen Er nennt sich jetzt deutsche Obstbaugesellschaft.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191202018/fragment/page=0003

Vermischtes.

Auslieferung der Berliner „griechischen Göttin" gefordert. Im Kriege erregte die Erwerbung der archaischen griechischen Göttin durch das Berliner Museum berechtigtes Aufsehen. Der Millionenkauf war durch Vermittlung eines Unterhändlers in Paris selbst geglückt, nachdem die dortigen archäologischen Autoritäten zugegriffen gezögert hatten. Und es gelang, die Marmorfigur über die Schweiz aus Feindesland herauszubekommen. Nachher war die Bestürzung der französischen Kunstbehörden groß darüber, daß sie sich das herrliche Werk hatten entschlüpfen lassen. Nun schildert jetzt Claude Anet die Herkunft der Figur und fordert ihre Auslieferung an Frankreich. Ueberflüssig zu sagen, daß das bei der klaren Lage der Dinge — es handelt sich um einen rechtsgültig abgeschlossenen Kauf — reine Willkür wäre.

Eine „Ehe des Schweigens". Vor dem Londoner Gericht wurde kürzlich ein Ehescheidungsprozeß verhandelt, der in seiner Eigenart einzig dasteht. In den englischen Gerichtsannalen findet sich, wie der Richter hervorhob, seit dem 17. Jahrhundert kein ähnlicher Fall verzeichnet. Dem Prozeß lag die Klage einer Frau auf gerichtliche Scheidung wegen böslichen Verlassens zugrunde. Obwohl das Ehepaar dasselbe Haus bewohnte, hatte der Mann seit dem Jahre 1916 mit seiner Frau nie anders als schriftlich verkehrt. Drei Jahre lang sprachen die beiden nicht ein einziges Wort miteinander, trotzdem die Frau für den Mann die Mahlzeiten kochte und das Bett zurecht machte. Als die Frau einmal erkrankte, ließ ihr Mann den Arzt kommen, aber sie wollte weder mit dem Arzt noch mit ihrem Mann etwas zu tun haben. Später setzte der Mann für seine Frau jede Woche zwei Pfund Sterling auf den Tisch und sorgte im übrigen für sich selbst. Er nahm das gemeinsame Schlafzimmer allein in Besitz und ließ seine Frau aus. Merkwürdigerweise erklärte der Richter eine Trennung der Ehe für unmöglich. Böswiches Verlassen liege nicht vor; denn die Parteien hätten unter demselben Dach gewohnt und aus derselben Küche gegessen. — Die Ehe des Schweigens wird also fortbestehen.

Oberschlesische Banditen drangen in das Schützenhaus in Ujest ein. Sie überwältigten den Wirt, streckten ihn mit zwei Revolverschüssen nieder und töteten ihn vollends durch Messerstiche. Den Kindern gelang es, sich zu verstecken. Die Ehefrau des Getöteten flüchtete über anstoßende Dächer, um Hilfe aus der nächstliegenden Mühle herbeizuholen. Inzwischen hatten die Räuber alles Wertvolle mitgenommen und darauf das Weite gesucht. Ein zweiter Raubmord wurde in Anhalt im Kreise Pleß ausgeführt; 12 Banditen sind daran beteiligt.

Die Stadt der Analphabeten. Der sozialistische Warschauer „Robotnik" (Arbeiter) stellt in einem längeren Artikel fest, daß Warschau die Hochburg des Analphabetentums ist. Von rund 180 000 schulpflichtigen Kindern besuchen nur etwa 30 000, also etwa ein Sechstel, die Schule.

Hebräisch wieder Landessprache in Palästina. Wie aus Jaffa gemeldet wird, wird die hebräische Sprache von jetzt an neben dem Türkischen und Arabischen für ganz Palästina als Landessprache anerkannt.

Aus dem Leserkreise.

(Für die Veröffentlichungen unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung; für sie besteht nur Grund des § 21 Abs. 2 des Preßgesetzes in vollem Umfange der Einsender verantwortlich).

„Auch eine Kohlenfrage."

Auf die Anfrage „Auch eine Kohlenfrage" möchte ich der Einsenderin folgenden Bescheid geben. Die Franckeschen Stiftungen sind eben keine städtische Behörde, haben offenbar vorgesorgt und sich Brennmaterial in genügenden Mengen herangenommen; werden auch heute noch kaufen, wo solches zu haben ist. Die städtischen Behörden haben wohl kein Interesse daran, fremdes Brennmaterial zu kaufen und wollen uns ihren eigenen Koks für diese Zwecke verwenden, welchen letzteren sie aber jetzt bei der Kohlenknappheit nicht haben. Natürlich können nun die Schulen mit Koks nicht beliefert werden und müssen infolgedessen schließen. Die Behörden können ja auch als Ersatz für Koks, Kohlbriketts beziehen, welche vorhanden sind. Warum tut sie die es nicht?

X.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Vom Zuckermarkt.

Nh. Der Verkehr an den deutschen Rohzuckermärkten war während der Berichtswoche zeitweise durch Geschäfte belebt, die sich noch aus der letzten Freigabe von Rohzucker als notwendig erwiesen. Die Reichszuckerstelle hat nunmehr im ganzen 40 v. H. von 85 Prozent der nutmaßlichen Erzeugung an Rohware zum Verkauf und Versand an die Raffinerien freigegeben. Mit diesem 40 v. H. sind die Mengen zur Erledigung gekommen, für die der Grundpreis, ohne Sack, frei Magdeburg, 53 Mk. für den Zentner beträgt. Die nächste Freigabe für Januar unterliegt bereits einem Preisaufschlag von 35 Pfg. für den Zentner, der sich für jeden weiteren Monat um weitere 35 Pfg. erhöht. Das ist vorläufig festgelegt; es fragt sich aber, ob nicht schon sehr bald Aenderungen, d. h. neue Preisherausfestzungen, vorgenommen werden. In einer der letzten Sitzungen der Nationalversammlung hat der Reichswirtschaftsminister erklärt, der Zuckerpreis werde weiter erhöht werden müssen, damit Anreiz gegeben wird, die vorhandenen Rüben auf Zucker verarbeiten zu lassen und nicht zu verfüttern. Der Minister sprach dann auch die Hoffnung aus, daß die Herstellung von Zucker auf der jetzigen Höhe wird erhalten werden können. Das letztere ist eine Frage der Zukunft, und der Minister glaubt sie durch weitere Preiserhöhungen lösen zu können. Es wird natürlich auf den Rahmen ankommen, in den diese Erhöhung gespannt wird. Ein sicher wirkendes Mittel wird aber ebensowenig geschaffen werden, wie es die vorangegangenen Preiserhöhungen schaffen konnten. Wir werden aus der Zuckernot nicht eher herauskommen, als bis die Zwangswirtschaft beseitigt ist. Hierüber verlautet, daß die Beratungen, die im Reichswirtschaftsministerium mit der Zuckerindustrie gepflogen worden sind, zu dem Beschluß der Regierung geführt haben, daß die Zwangswirtschaft für Zucker erst am 1. Oktober 1921 aufgehoben werden soll. Das darf kein endgültiger Beschluß sein, und es kann wohl angenommen werden, daß er auch noch umgestoßen und ein näherer Zeitpunkt bestimmt wird. Bei der beabsichtigten Preiserhöhung für den aus der diesjährigen Rübenernte stammenden Zucker würde es sich um eine Notstandsfrage handeln, die durch die Unqunst der Witterung hervorgerufen ist. Die nächsten Tage werden wohl schon die Entscheidung darüber bringen, welchen neuen Zuschlag der Zuckerpreis erfahren soll.

Inzwischen ist der Schnee in den meisten und auch in den wichtigsten Rübenbezirken von den Feldern verschwunden, und die Rübenernte ist wieder aufgenommen worden. Sie geht leider nur sehr langsam von statten, da es nicht nur an Arbeitskräften mangelt, sondern der aufgeweichte Boden die größten Schwierigkeiten verursacht. Die stillgelegten Zuckerfabriken werden die Rübenverarbeitung allmählich wieder aufnehmen können. Dann wird sich herausstellen, welchen Schaden die Rüben erlitten haben. Es besteht die Hoffnung, daß dieser Schaden nicht allzu empfindlich sein wird, da die Rüben durch die hohe Schneedecke vor der Einwirkung des Frostes geschützt waren. Immerhin aber wird mit einem merklichen Rückgang der Ausbeuten zu rechnen sein, der die angenommene Höhe der Zuckererzeugung herabdrücken muß.

Im Raffinademarkte blieb der Verkehr gering, und die Bestände an raffiniertem Verbrauchszucker schmelzen immer mehr zusammen. Die Abliefrungen gingen nur sehr langsam vor sich.

Die Lieferung von Lokomotiven an den Staat.

In einer Essener Zeitung wird angeblich von dem Leiter eines führenden Unternehmens der Mitteldeutschen Lokomotivindustrie die verblüffende Behauptung ausgesprochen, daß bei den großen in Betracht kommenden Lokomotivfabriken zurzeit keine einzige Lokomotive für die Eisenbahnverwaltung gebaut würde, und daß die Hannoversche Maschinenfabrik monatlich zwar 32 neue Lokomotiven herstelle, diese Maschinen aber sämtlich ins Ausland gingen.

Amtlich wird dazu mitgeteilt: Diese Behauptungen sind völlig aus der Luft gegriffen. Von den Lokomotivfabriken sind an die preußische Eisenbahnverwaltung im August 1919 123 neue Lokomotiven, im September 1919 137 neue Lokomotiven, im Oktober 1919 93 neue Lokomotiven geliefert worden. Der Rückgang im Oktober erklärt sich aus dem Berliner Metallarbeiterstreik. Von den bestellten Lokomotiven sind gegen die vertragsmäßigen Lieferzeiten Ende Oktober noch 629 Lokomotiven rückständig gewesen. Der gesamte Auftragsbestand an Lokomotiven für die Staatseisenbahnverwaltung beträgt zurzeit noch 2055 Lokomotiven.

Die Hannoversche Lokomotivfabrik hat im August 1919 17 neue Lokomotiven und im September 22 Lokomotiven abgeliefert. Ihre Ablieferungen sind hinter den vertragsmäßigen Verpflichtungen in die ein beiden Monaten um 28 Lokomotiven zurückgeblieben. Im ganzen hat die Hannoversche Lokomotivfabrik noch 168 Lokomotiven in Auftrag. Ihre Leistungsfähigkeit ist also voll für inländische Bestellungen in Anspruch genommen und ebenso liegen die Verhältnisse bei der Lokomotivindustrie im allgemeinen.

Erleichterung der Zinsscheineinlösung.

Der „Reichsanzeiger" bringt eine Verordnung, wodurch in gewissen Fällen die Einlösung der Zinsscheine von Kriegsanleihestücken und Schatzanweisungen mit Fälligkeitstermin vom 2. Januar und 1. April 1920 erleichtert wird. Die Banken können ohne Beachtung der Vorschrift der Verordnung über Maßnahmen gegen die Kapitalflucht solche Zinsscheine einlösen, wenn es sich handelt um Coupons von Stücken, die bei Ankauf von Heeresgut usw. unter Abtrennung der betreffenden Zinsscheine hingegeben worden sind. Es ist bei der Einlösung dieser Zinsscheine die Quittung bezw. eine Bescheinigung der betreffenden Verkaufsstelle über die erfolgte Einzahlung vorzulegen. Weiter dürfen solche Zinsscheine am Fälligkeitstermin vom 2. Januar 1920 von jeder Bank eingelöst werden, welche vor dem 1. Dezember 1919 an zahlungsstatt hingegeben worden sind. Voraussetzung ist, daß der Einreicher gleichzeitig mit den Zinsscheinen eine Bescheinigung des für ihn zuständigen Finanzamtes (Besitzsteueramts) vorlegt, das ihn zur Einlösung der Zinsscheine ermächtigt. Die Finanzämter haben diese Bescheinigung zu erteilen, sofern der Einreicher den Empfang der Zinsscheine an zahlungsstatt glaubhaft macht. Die Bank hat nach Einlösung der Zinsscheine diese Bescheinigung zu vernichten.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 1. Dezember. An der Börse bleiben nach wie vor Valuta- und Auslandswerte Trumpf. Die führende Rolle spielten Schantungbahnaktien, die bei enormen Umsätzen 80 Prozent höher einsetzten, dieser Gewinn aber bei diesen Schwankungen später nicht aufrechterhalten konnten. Auch am Montan- und Kolonialaktienmarkt hielt das lebhafte Treiben an, wobei von ersteren Gelsenkirchen und Phönix mit Gewinnen von 12 bis 7 und von letzteren Otavi und Neu-Guinea mit Aufschlägen bis 20 Prozent und bis 35 Prozent, sowie ferner Kakao und South West bevorzugt wurden. Die schweren Kolonialwerte waren wenig verändert, und bei den übrigen Montanwerten bewegten sich die Kursverhöhungen im Ausmaß von 2 bis 5 Prozent. Auf den übrigen Märkten war das Geschäft stiller. Doch erzielten Schiffahrtswerte Besserungen von 2 bis 10 Prozent, Elektrowerte solche von 2 bis 5 Prozent, amerikanische Bahnen und Petroleumaktien bewegten sich bei ruhigem Verkehr auf ungefähr dem bisherigen Kursstande. Von Spezialwerten waren Deutsch-Ueberseer und Daimlerwerken ungefähr 10 Prozent höher, dagegen Zellstoff Waldhof auf den schlechten Geschäftsgang 13 Prozent niedriger. Als später aber Schantungbahnaktien von ihrem hohen Stande unter Schwankungen etwa 25 Prozent verloren, schwächte sich die Börse allgemein etwas ab. Heimische Rentenwerte lagen durchweg fest, österreichische und ungarische Tagegeld geschäftslos. Bei den Werten der Bundesstaaten, Städte und den Hypothekenpfandbriefen hat der bisherige Verkaufsandrang nachgelassen und es zeigte sich zu den gewichenen Kursen verschiedentlich Kauflust.

Devisenkurse.

Berlin, 1. Dezember.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

		heute Geld	heute Brief	bisher. Tag Geld	bisher. Tag Brief
New York	1 Doll.	—	—	—	—
Holland	100 fl.	1616,00	1619,00	1638,5	1641,50
Dänemark	100 Kr.	839,25	840,75	859,25	860,75
Schweden	100 Kr.	941,75	94 ,25	941,75	943,25
Norwegen	100 Kr.	914,25	915,75	929,25	930,75
Schweiz	100 Fr.	771,75	773,25	784,25	785,75
Wien, altes		35,45	35,55	35,45	35,55
Oesterreich, abgest.		29,85	29,95	30,95	31,05
Prag		81,90	82,10	85,90	86,10
Ungarn		31,20	31,30	32,45	32,55

Konstantinopel Geld —.— Brief — —
für ein türkisches Pfund
Spanien Geld 834,25 Brief 835,75
für 100 Peseten
Helsingfors 141,75 142,75 Deutsche Mark für 100 Finnische Mark.

Produktenbericht.

Berlin, 1. Dezember. Am Hafermarkt mangelt es zwar nicht an Offerten, doch sind die Käufer angesichts des hohen Preisstandes recht vorsichtig. Für Erbsen und Bohnen inländischer Herkunft blieben in alge dauernder Kaufmut die hohen Preise bestehen. In Hülsenfrüchten ausländischer Herkunft liegen vielfach Anstellungen infolge der Valuta aber nur zu sehr hohen Preisen vor. In Aderbohnen und Peluschken besteht hinreichendes Angebot.

Berlin, 1. Dezember. Amtliche Notizen. Inländischer Hafer: loko ab Speicher frei Wagen 1820—1860; loko: ab Bahn 1800—1810. Alles per 1000 Kilogramm netto ab Ablieferungsstationen. Tendenz behauptet.

Die Konvention der Weltzuckerfabriken plant einen Preisaufschlag von 20 bis 25 Prozent.

Excelsior-Fahrrad-Werke Gebr. Conrad & Paz A.-G., Brandenburg a. H. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, die Verteilung einer Dividende von 10 Prozent und einen Bonus von 5 Proz. (wie im Vorjahre) in Vorschlag zu bringen. Auf der Tagesordnung der zum 20. Dezember einberufenen ordentlichen Generalversammlung stehen auch zahlreiche Satzungsänderungen u. a. betr. die Beteiligung an verwandten Unternehmungen sowie Aufnahme der Bestimmung, daß die Generalversammlung auch an einem vom Aufsichtsrat zu bestimmenden Orte stattfinden kann.

Eisenwerk L. Meyer jun. & Co. A.-G., Harzgerode. Die Gesellschaft beantragt bei einer am 19. Dezember cr. stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung die erstmalige Erhöhung des Aktienkapitals um bis zu 3 000 000 Mk. Das gegenwärtige Aktienkapital beträgt 1 000 000 Mk. Von 1914 bis 1918 wurden an Dividenden 0, 0, 8, 12 und 6 Prozent verteilt.

Die Erhöhung der Gebäudersätze im Baugewerbe dürften, wie gemeldet wird, aller Voraussicht nach am 1. Januar in Kraft treten. Die Berliner Bedingungsgemeinschaft tritt am 4. Dezember zu einer Versammlung zusammen, nachdem die Leitung Beratungen auch mit den Provinzinteressenten gepflogen hat. Gegenüber den weitgehenden Anträgen auf Erhöhung der Gebührensätze glaubt man in Berlin auf einer mittleren Linie sich verständigen zu sollen, da hier die Ansicht vertreten wird, daß eine allzu scharfe Steigerung der Gebühren in normalen Geschäftszeiten dem Verkehr sich abträglich erweisen werde.

Textilindustrie A.-G. in Bärmen. Für das Geschäftsjahr 1918/19 wird eine Dividende von 10 (8) Prozent vorgeschlagen. Die kürzlich beschlossene Kapitalserhöhung um 2 500 000 Mk. soll nunmehr durchgeführt werden, nachdem die Genehmigung des Handelsministers erteilt worden ist.

Zeitzer Eisengießerei und Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft in Zeitz. Die gewaltige Bedeutung, welche die Deutsche Braunkohlenindustrie in unserem Wirtschaftsleben erlangt hat, bringt es mit sich, daß der Gesellschaft von dieser — ihrer Hauptabnehmerin — nicht nur größere Aufträge auf Neuanlagen, sondern auch wesentliche Beteiligungen auf die in der letzten Zeit eingeführten und der Gesellschaft geläufig gewordenen Verbesserungen und Neuerungen in der Briketfabrikation zur Leistungssteigerung erteilt wurden. Bei den guten Aussichten, die sich der Braunkohlenindustrie und damit auch der Gesellschaft für die Zukunft bieten, will die Verwaltung die Ausgestaltung der Spezialwerkstätten der Gesellschaft rechtzeitig vornehmen. Da durch Beschaffung der für die Fabrikation notwendigen und im Preis höchstehenden Materialien die bisherigen flüssigen Mittel ganz wesentlich vermindert worden sind, die Gesellschaft aber nach jeder Richtung hin gerüstet sein möchte, ist beschlossen worden, einer sofort einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung die Erhöhung des bisherigen Aktienkapitals von 1 824 000 Mk. auf 3 000 000 Mk. vorzuschlagen. — Seit 1890 ist die Gesellschaft ohne Kapitalserhöhung ausgekommen. Damals wurde das Aktienkapital um 507 000 Mk. erhöht. Die Dividenden der letzten 5 Jahre betrugen 12, 12, 20, 30 und 25 Prozent. Außerdem wurde 1917/18 ein Kurs von 10 Prozent und 1918/19 ein solcher von 15 Prozent verteilt.

Berliner Börse

vom 1. Dezember 1919.

(Telegramm.)

Deutsche Werte:		Chem. Griesheim	250,00
4½ / Disch. Schatzsch		Chem. Heyden	268,50
9i—IX	74,60	Consolidation Schalk	248,00
5½ Disch. Reichsanl.	77,50	Cröllwitzer Papierfbk	223,00
4½ „ „	66,60	Daimler Motoren	267,00
3½ „ „	62,00	Deutsche Luxemburg	194,75
3½ „ „	63,60	Deutsche Ueberseeische Elektr.	612,00
4½ Preuß. Konsols	65,75	Deutsche Erdöl	503,00
3½ „ „	57,50	Deutsche Gasglühl.	540,00
3½ „ „	56,00	Deutsche Kali	292,00
4½ Charl. Stadtanl. 89/99	—	Deutsche Waffen und Mun.	231,00
4½ Magdb. Stadtanl. 91/06	—	Donnersmarckhütte	266,00
4½ Sächs. Neulandsch Pfdbl.	—	Döring & Lehrmann	126,50
4½ Preuß. Centr. Bod. Pfdbl.	96,75	Dürrkoppwerk	338,00
4½ Preuß. Hyp Bk. Pfdbl. 1911	—	Engelhardt-Brauerei	256,00
4½ Oesterr. Kronenrente	30,75	Elberfelder Farben	384,75
4½ Ungar. Goldrente	67,50	Felten & Guilleume	248,50
4½ Ungar. Kronenrente	36,00	Gasmotoren Deutz	169,00
4½ Dess. Gas Oblig	—	Gebhard & Co	—
4½ Dessauer Gas Obl.	—	Gebhard & König	167,00
Ausländ. Werte:		Gelsenkirchen Berg.	268,00
4½ Oesterr. Kronenrente	30,75	Glauziger-Zuckerfbk	—
4½ Ungar. Goldrente	67,50	Hallesche Maschinbk.	397,00
4½ Ungar. Kronenrente	36,00	Hann. Masch.	365,00
Eisenbahn-Aktien:		Harpener Berg	229,75
Halberst.-Blankenb.	84,00	Hasper Eisen	209,00
Halle-Hettstedter	—	Hirsch Kupfer	281,75
Schantungbahn	400,00	Höchster Farbwerke	350,25
Hamb. Südamerika	213,50	Hoesch Eisen u. Stahl	245,00
Hanse-Dampfschiff.	304,00	Hohenlohe Werke	154,50
Nordd. Lloyd	124,62	Humboldt Masch.	151,00
Bank-Aktien:		Ilse Bergbau	418,00
Bank i. Thür.	150,00	Kahle Porzellan	383,00
Berl. Handelsges.	160,50	Kaliw. Aschersleben	214,75
Commerz-Diskontobank	134,25	Körtings Zucker-Akt.	—
Darmstädter Bank	119,75	Kyffhäuserhütte	—
Dessauische Landesbank	—	Lahmeyer & Co	139,00
Deutsche Bank	282,00	Lauchhammer	180,00
Diskonto-Comm.	178,00	Laurahütte	180,25
Dresdner Bank	148,37	Linke & Hofmann	268,00
Leipzig. Credit-Anst.	138,50	Ludwig Loewe & Co.	272,00
Mitteld. Kreditbank	128,75	Lothringer Hütte	182,00
Mitteld. Privatbank	—	Mannesmannröhren	215,00
Nationalbank	124,25	Masch.-Fabr. Buckau	184,50
Oesterr. Kredit	168,50	Oberschl. Eisenb.-Bd.	162,50
Reichsbank	146,75	do. Caro Hegy.	180,00
Industrie-Aktien:		do. Kokswerke	265,00
Schultheiss-Brauerei	245,50	Orenstein & Koppel	226,00
Akt. f. Anilin	300,00	Phönix Berg	287,75
Allgem. Elektr. Ges.	240,00	Rhein. Metall-Vorz.	—
Ammendorfer Papierfabrik	510,00	Rhein. Stahlwaren	190,00
Anhalter Kohlenw.	220,00	Riebeck. Montan	255,00
Annaberger Steingut	220,50	Rombacher Hütten	185,00
Badische Anilin	484,50	Rositzer Braunk.	191,00
Bergmann Elekt. Akt.	171,75	Rositzer Zucker	—
Berl. Masch.-Bau	226,25	Sangerhäuser Masch.	300,00
Bismarckhütte	263,50	Hugo Schneider A.-G.	213,00
Bochumer Gußstahl	227,00	Schuckert & Co.	—
Chem.-Fabr. Buckau	—	Siemens & Halske	243,00
		Stettiner Chem.	238,00
		Stettiner Vulkan	195,00
		Stollberger Zinkh.	286,00
		Strals. Spielkarten	280,00
		Thale-Eisenhütte	296,00
		Triptis Porzellan	192,00
		Türk. Tabakregie	830,00
		Ver. Köln-Rottweiler	239,25
		Ver. Glanzstoff	769,00
		Wegelin & Hübner	160,00
		Werschen-Weißenfelser Braunk.	336,25
		Westeregeln Alkali	241,00
		Wittener Gußstahl	115,00
		Wrede Mälzerei	—
		Zeitzer Masch.	—
		Zellstoff Waldhof	206,00
		Otavi-Minen	408,00

Tendenz: fest.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Printmann; für Sport und Briefkasten: Heinrich Miesckner; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Otto Bieler. Druck und Verlag von Otto Heudel.